Freie Demokraten
FDP

FDP – Konrad-Adenauer-Platz 1 – 51465 BGL

FDP-Fraktion im
Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Zimmer 13
Rathaus Konrad-Adenauer-Platz
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 0 22 02 / 14 23 14
Telefax: 0 22 02 / 14 23 14
Web: fdp-bergischgladbach.de
E-Mail: fraktion@fdp-bergischgladbach.de

An den Vorsitzenden des Ausschusses
Für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr
Herrn Christian Buchen
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, den 27. April 2015

Abwasserbeseitigungskonzept

Sehr geehrter Herr Buchen,

wir bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 29. April zu setzen:

Antrag

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, rechtliche Schritte gegen die Verfügung der Bezirksregierung zu ergreifen, in der eine zeitliche Streckung der Maßnahmen zur Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzepts abgelehnt wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine politische Initiative von Fraktionen des Stadtrates bei der Landesregierung in Düsseldorf zu koordinieren, mit der eine zeitliche Streckung des ABK erreicht werden soll.

Begründung

Das Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) macht bis ca. 2026 Investitionen von insgesamt mehr als 200 Millionen Euro erforderlich. Die mit dem ABK verbundenen Investitionen werden zu erheblichen Steigerungen der Abwassergebühren führen und damit alle Einwohner über erhöhte Abgaben oder höhere Mieten stark belasten. Diese Steigerungen

werden zusammentreffen mit einer deutlichen Erhöhung der Grundsteuer B, welche die Verwaltung für die Aufstellung des neunen HSK bereits als unausweichlich deklariert hat.

Das ABK in seiner jetzigen Form ist unverhältnismässig und stellt eine unbillige Härte dar, auch bedingt durch die besondere Topographie von Bergisch Gladbach. Umso ärgerlicher ist es, dass die Bezirksregierung davon spricht, die Stadtverwaltung habe eine „ganzheitliche systematische Überprüfung auf mögliche Einsparpotenziale nicht vorgenommen". Auch der Bürgermeister hat öffentlich bekundet, dass er einige der im ABK vorgesehenen Maßnahmen für überflüssig halte. Viele der geplanten Maßnahmen sind nicht notwendig.

In Anbetracht dieser unerfreulichen Gemengelage hat die FDP-Fraktion in der Vergangenheit wiederholt darauf gedrängt, eine umfassende Überprüfung der Vorgaben der Bezirksregierung vorzunehmen und rechtliche und politische Schritte einzuleiten. Insbesondere sollte untersucht werden, welche Rechte die Kommune gegen die Richtlinie 2000/60/EG (sog. Wasserrahmenrichtlinie) und die vom Landesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz erlassene Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten geltend machen kann.

Letztere bezeichnet selbst der Herr Abgeordnete Herbert Reul (MdEP) als Übererfüllung von EU-Vorgaben (sog. Gold-plating). Insofern möchten wir den Aufruf des Herrn Abgeordneten ausdrücklich unterstützen, in Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindebund eine Musterklage zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Krell

Fraktionsvorsitzender